

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Eidgenössisches Departement
für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS
Bundeshaus Ost
3003 Bern

31. Januar 2012

Entwurf des Berichts des Bundesrates zur Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. November 2011 hat das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS zum oben erwähnten Bericht das Vernehmlassungsverfahren eröffnet, in dessen Rahmen die Kantone zur Stellungnahme eingeladen wurden. Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit.

Wir nehmen zum Entwurf des Berichts des Bundesrates zur Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ gerne wie folgt Stellung:

Grundsätzliche Anmerkungen

Der Kanton Solothurn begrüsst die Ausarbeitung eines Berichts zur strategischen Weiterentwicklung in den Bereichen Bevölkerungsschutz und Zivilschutz nach dem Jahr 2015. Nach Vorliegen des Sicherheitspolitischen Berichts 2010 erscheint es sinnvoll, neben der zukünftigen Ausgestaltung der Armee, auch die strategischen Handlungsfelder im genannten Bereiche mit einem separaten Bericht zu beleuchten. Allerdings stiftet die gleichzeitige Bearbeitung der beiden Themen eine gewisse Verwirrung: BVS ist nämlich ein System zur Koordination verschiedener Partner; im Gegensatz dazu ist der ZS eine Organisation mit Führung.

Während der Bund im Bereich des Zivilschutzes die rechtlichen Grundlagen und Vorschriften erlässt, die eigentliche Verantwortung hingegen an die Kantone überträgt, sind im Bereich des Bevölkerungsschutzes im Wesentlichen die Kantone für die Ausgestaltung und das Zusammenwirken dieses Verbundsystems zuständig.

Der Kanton Solothurn beharrt darauf, dass die verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten und die Kantonsautonomie uneingeschränkt und unbedingte gewahrt werden.

Einzelnen Partnerorganisationen des Verbundsystems BVS, insbesondere der Feuerwehr und der Polizei, wird nach unserer Auffassung im Bericht zu wenig Rechnung getragen.

In der weiteren Ausgestaltung sind deshalb die Vertreter aller Partner im Bevölkerungsschutz, namentlich die Feuerwehr, die Polizei, der Rettungsdienst, der Zivilschutz etc. zwingend zur Mitarbeit einzubeziehen.

Der vorliegende Berichtsentwurf wird vom Kanton Solothurn unterstützt. Wir sind überzeugt, dass den durch diesen Bericht initiierten Folgearbeiten in den jeweiligen Arbeitsgruppen eine grosse Bedeutung zukommt.

Der Kanton Solothurn hätte es begrüsst, wenn im Hinblick auf die Folgearbeiten, zum Beispiel bezüglich der zukünftigen Ausgestaltung der Dienstpflicht und den Konsequenzen für die Wehrpflichtersatzsteuer, eine vertiefte Darstellung der strategischen Handlungsoptionen und klarere Aussagen zu den angestrebten Resultaten aufgenommen worden wären. Bezüglich Einsatzmaterial und persönlicher Ausrüstung bestehen teils beträchtliche Auffassungsunterschiede zwischen Bund und Kantonen über Zuständigkeits- und Finanzierungsfragen.

Wir verlangen, dass die Frage der Finanzierung des Einsatzmaterials und der persönlichen Ausrüstung im Zivilschutz nun definitiv geregelt wird.

Der Kanton Solothurn vertritt die Ansicht, dass sich der Bund, nicht zuletzt aufgrund seiner Aufgebotskompetenz für den Zivilschutz und aus Gründen der an mehreren Stellen des Berichts als Ziel genannten Verbesserung der Interoperabilität, an der Finanzierung des Einsatzmaterials und der persönlichen Ausrüstung der Schutzdienstleistenden zumindest beteiligen muss. Solange der Bund die Finanzierung des Einsatzmaterials und der persönlichen Ausrüstung vollumfänglich den Kantonen überlässt, wehrt sich der Kanton Solothurn gegen allfällige Bundesvorgaben und -regelungen.

Die relevanten Kapitel sind in diesem Sinne zu überarbeiten. Eine abschliessende Klärung dieser Frage ist spätestens im Rahmen der Folgearbeiten zum vorliegenden Bericht vorzunehmen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und bitten Sie um die Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Gomm
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber